

# Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen für die Anzeigen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Anzeigen Nr. 25.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind 20 Cent pro Zeile, für Anzeigen aus dem Ausland 30 Cent pro Zeile, für Anzeigen aus dem Ausland 30 Cent pro Zeile, für Anzeigen aus dem Ausland 30 Cent pro Zeile.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 177

Sonnabend, den 1. August 1925

20. Jahrgang

### Polen will am Sicherheitspakt teilnehmen.

Erklärungen des polnischen Außenministers.

Warschau, 30. Juli. Der polnische Außenminister Graf Strzyński, der morgen und übermorgen vor dem polnischen Institut in Williamsstown zwei Vorträge halten wird hat heute vor Pressevertretern Erklärungen über den Sicherheitspakt abgegeben, die erheblichem Interesse in Europa begegnen dürften. Der Graf ging bei seinen Äußerungen von der Voraussetzung aus, daß „Polen die Frage seiner östlichen

#### Grenze gegen Rußland

als unabänderliche Tatsache betrachte“. Nicht ebenso entschieden, wenn auch mit undeutlichen Worten, nahm er zu dem Problem des

#### polnischen Korridors und Oberschlesiens

Stellung. Graf Strzyński ist der Meinung, daß ein Sicherheitspakt, in dem Polen nicht eingeschlossen würde, einen Zweck verfehlen müßte. Polen sei zu freundschaftlicher Erörterung vorhandener Meinungsverschiedenheiten bereit, sei von aufrichtigem Friedenswillen befeelt und habe lebhaftes Interesse an dem Zustandekom-

men des Sicherheitspaktes, da die Beamtung seiner Pflichten solange nicht in Betracht gezogen werden könne, als nicht anderweitige Sicherheiten geschaffen seien. Der Pakt sollte in der Voraussetzung gegenseitiger Zusammenarbeit unter Anerkennung des Schiedsgerichtsgebändens zustande kommen. Durch den polnischen Korridor seien nach deutscher Auffassung zwei Millionen Deutsche von ihrer Heimat abgeschnitten worden. Andererseits sei aber zu bedenken, daß das gleiche Schicksal 28 Millionen Polen triffe, falls der Korridor nicht bestünde, da Polen dann keinen Zugang zur See hätte. Eine neue Volksabstimmung in den von Deutschland beanspruchten und Polen durch den Versailler Vertrag zugefallenen Gebieten sei überflüssig denn dieselben Gebiete seien ja jahrelang vor dem Kriege durch polnische Abgeordnete im deutschen Reichstag vertreten gewesen, was der beste Beweis für ihren vorwiegend polnischen Charakter sei. Was die deutschen Beschwerden über den Korridor angehe, so bestünde ja eine besondere Instanz in Danzig zu deren Prüfung. Bisher sei dort aber noch nicht ein einziger Fall zur Sprache gebracht worden.

### Annahme des Finanzausgleichsgesetzes.

Berlin, 30. Juli. Im Reichstag ist jetzt der entscheidende Kompromißantrag der Regierungsparteien zum Finanzausgleich, bei dem bekanntlich über die Höhe der Steuerüberweisung keine Einigung erzielt werden konnte, eingegangen. Danach erhält Artikel 2a im Finanzausgleichsgesetz folgende Fassung: Um die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) instand zu halten, ihre Aufgaben, insbesondere auf sozialem und kulturellem Gebiete, zu erfüllen, werden ihnen, wenn sich ihre Anteile aus der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer in den Rechnungsjahren 1925/26 auf weniger als insgesamt

#### Weinsteuern

auslaufen, die dann fehlenden Beträge aus Mitteln des Reichshaushalts, insbesondere aus dem Aufkommen der nicht verpfändeten Verbrauchsabgaben zur Verfügung gestellt werden. — Auch zur

#### 2100 Millionen Reichsmark

Die ohne jeglichen Steuerfuß an das Plenum gelangt ist, ist jetzt ein gemeinsamer Antrag aller Regierungsparteien vorgelegt worden. Danach beträgt die Steuer für Schaumwein 30 Prozent, im übrigen 20 Prozent. Für die Zeit bis zum 30. September 1927 ermäßigen sich die Steuerfüße um ein Viertel. Als Übergangsmaßnahme wird das Gesetz angenommen, daß ein Drittel des Ertrages der in der Zeit vom 1. Juli 1925 bis zum 30. Juni 1927 aufkommenden Weinsteuern zur Behebung der Not des Winterstandes zu verwenden ist. Die Vorschriften über die Ermäßigung der Steuerfüße soll am 1. August 1925 in Kraft treten. Im übrigen soll der Reichsfinanzminister den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmen.

#### 33 1/2 Prozent Erhöhung der Biersteuer ab 1. April 1926.

Das jetzt zustande gekommene Kompromiß der Regierungsparteien zur Biersteuer besagt, daß die neuen Biersteuerfüße erst am 1. April 1926 in Kraft treten sollen, und zwar nur in Höhe von 33 1/2 Prozent Erhöhung statt 100 Prozent wie bisher vorgesehen war. Das Kompromiß über die Tabaksteuer nur den feingehackten Rauchtabak. Die ursprüngliche Regierungsvorlage und der bisherige Ausschußbeschluß haben eine Erhöhung der Steuer von 40 auf 50 Prozent des Kleinverkaufspreises vorgesehen. Nach dem jetzigen Kompromiß soll der Steuerfuß nur von 40 auf 45 Prozent erhöht werden.

#### Sachsen gegen den Finanzausgleich.

Dresden, 30. Juli. Der sächsische Finanzminister Reinhold wollte am gestrigen Mittwoch in Berlin, nach einem Versuch in der Frage des Finanzausgleichs zu unternehmen, den drohenden Konflikt zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu verhindern. Der Minister hatte in dieser Angelegenheit längere Besprechungen mit dem Reichsminister Dr. Dauter und dem sächsischen Finanzminister von Schlieben. Minister Dr. Reinhold ließ bei dieser Unterredung keinen Zweifel darüber, daß die bisherigen Beschlässe der Regierungsparteien des Reichstages in dieser Frage für die Länder unannehmbar seien, daß Sachsen aber noch nicht bereit sei,

mit der Reichsregierung einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu suchen, wenn der Finanzausgleich den Ländern und den Gemeinden die Summe gewährleiste, die sie bei äußerster Sparsamkeit zur Erfüllung ihrer Aufgaben, besonders der ihm vom Reich zugewiesenen unbedingt gebrauchten.

Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, ist vorläufig noch kein annehmbarer Vorschlag gemacht worden. Es herrscht aber bei den Regierungsparteien der Wunsch vor, eine Formel zu finden, die Reich und Länder annehmen können. Darüber wird jedoch noch verhandelt.

#### Preußen und der Finanzausgleich.

Berlin, 30. Juli. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 30. Juli in Sachen des Finanzausgleichs beschlossen, für den Fall, daß die Beteiligung der Länder und Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht über 75 Prozent erhöht werden sollte, im Reichstag Einspruch zu erheben. Für diesen Beschluß war vor allem die Erwägung maßgebend, daß anderenfalls der Finanzausgleich den Ländern und Gemeinden nicht die auch bei äußerster Sparsamkeit unbedingt notwendigen Lebensmöglichkeiten lassen würde.

#### Fünf Millionen Entschädigung für die früheren deutschen Regiebahnbeamten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm in seiner heutigen Sitzung eine Entschädigung der Regierungsparteien an, daß zur Abgeltung von Schäden für die bei der Regiebahn tätig gewesenem Angestellten und Arbeiter und für die infolge des passiven Widerstandes entlassenen Arbeiter und Angestellten ein Betrag von fünf Millionen Reichsmark bereitgestellt werden soll. Die Regierung wird ersucht, falls dieser Betrag nach den anzustellenden Ermittlungen nicht ausreicht, eine entsprechende Nachforderung zu stellen.

#### Ehrhardt und die deutsche Justiz.

In der „Roten Fahne“ vom 28. Juli d. J. findet sich in einem Aufsatz „Ehrhardt und die deutsche Justiz“ im Anschluß an eine Mitteilung über die feinerseit erfolgte Vernehmung des Korvettenkapitäns a. D. Ehrhardt durch einen Reichsgerichtsrat die Behauptung, Ehrhardt sei zwar damals vernommen, aber nicht verhaftet worden, trotzdem er bekannt habe, der freibrieflich verfolgte Korvettenkapitän Ehrhardt zu sein. Die Behauptung ist unrichtig. Kapitän Ehrhardt ist vielmehr in unmittelbarem Anschluß an die Vernehmung in Haft genommen und in das Untersuchungsgefängnis in Leipzig übergeführt worden, aus dem er später, wie bekannt, gelassen ist.

#### Sächsischer Amnestiegesetzentwurf.

Dem sächsischen Landtag ist ein Amnestiegesetzentwurf zugegangen. Neben dem Amnestiegesetzentwurf der Reichsregierung angeführten Delikten umfaßt der sächsische Entwurf nach Strafrazien, die im Zusammenhang mit öffentlichen Kundgebungen in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen begangen worden sind.

### Zum Marokkokrieg.

Die französisch-spanischen Beziehungen.

Madrid, 30. Juli. Im Beitrittsartikel über das Ergebnis der Marokko-Konferenz schreibt „Correspondencia militar“, wenn neue militärische Operationen in Marokko gemeinsam mit Frankreich unbedingt notwendig werden sollten, so könnte das friedliebende spanische Volk überzeugt sein daß der Friede nur durch den Krieg erreichbar ist. Die Nation muß deshalb die Regierung unterstützen.

Madrid, 30. Juli. Im königlichen Palast zu Santander fand zu Ehren des französischen Beschwaders ein offizielles Festessen. Empfang und Ball statt. Auf einem von der Stadtbehörde für französische Marineoffiziere veranstalteten Landausflug hielt der französische Botschafter eine Ansprache, in der er erklärte, daß die alte französisch-spanische Freundschaft heute, wo beide Nationen gemeinsam für den Dauerfrieden in Marokko arbeiteten, fester sei als jemals. Er schloß mit einem Hoch auf den König und auf Spanien. Der Botschafter erhielt das Großkreuz des Spanischen Militärverdienstordens.

#### Pétains Empfang in Tetuan.

Madrid, 30. Juli. Die Blätter veröffentlichten lange Berichte über den Empfang Marschalls Pétain in Tetuan, wo er im Namen der französischen Regierung Primo de Rivera das Großkreuz der Ehrenlegion überreichte. Pétain erhielt das Großkreuz des Spanischen Militärverdienstordens.

#### Frankreich verteidigt in Marokko die europäische Zivilisation.

Paris, 30. Juli. Ministerpräsident Painlevé hat heute vormittag bei einem Frühstück zu Ehren der freiwilligen amerikanischen Kampfflieger für Marokko presidiert. In einer Ansprache, die er hielt, sagte er u. a. es sei das erste Mal, daß sich die westeuropäische und die amerikanische Zivilisation gemeinsam gegen die Zivilisation des Islam wende. Es handele sich für Frankreich, das augenblicklich der Soldat dieser westlichen Zivilisation sei, nicht darum, Repressalien auszuüben, sondern darum, diese westliche Zivilisation in ihrem Prestige aufrechtzuerhalten. Frankreich verteidige in Afrika nur die Sache, die ihm anvertraut sei.

#### Die Pläne Abd el Krims.

Paris, 30. Juli. Der Korrespondent des „Matin“ in Fez berichtet, daß Dokumente, die bei Gefangenen gefunden wurden, keinen Zweifel darüber lassen, daß Abd el Krim zum entscheidenden Schlage gegen Wazzan auszuheilen beabsichtigt. Französischerseits seien jedoch alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

#### Zwei Briefe Abd el Krims an die französischen Behörden.

Wie „Times“ aus Tanger meldet, hat Abd el Krim zwei Briefe an seine Agenten in Tanger geschickt, um sie den dortigen französischen Behörden zu überreichen. In dem ersten Brief bestete Abd el Krim darauf, daß Tanger der Ort aller Verhandlungen sein solle, im zweiten erklärte er seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen unter der Bedingung, daß ihm zuvor die Zusicherung der Unabhängigkeit des Vizekönigreiches gegeben werde. Von den in Madrid aufgestellten Bedingungen nahmen die Briefe keine Notiz.

#### Ein russischer Grenzkommandant von Polen ermordet.

Warschau 30. Juli. An der polnisch-russischen Grenze wurden wiederum drei Grenzüberfälle von bolschewistischer Seite verübt. Im Kreise des Binaer Gebietes wurde eine polnische Grenztruppe von Russen zweimal angegriffen, die Russen aber beide Male zurückgeworfen. Die Polen hatten keine Verluste. Zwei weitere russische Angriffe in der Wojewodschaft Polesie in den Koltinosampfen wurden von einer polnischen Grenztruppe zurückgeworfen.

Woskau, 30. Juli. Während einer Inspektion an der Grenze des Bezirks Jambol wurde der Kommandant der sowjetrussischen Grenztruppe von polnischen Grenzsoldaten ermordet. Die Tat erfolgte nach Ueberseezung der Grenze durch die polnischen Soldaten, die alsdann die Leiche verschleppten. Erst später wurde die Leiche den Sowjetbehörden ausgeliefert. Im Bezirk Jambol hatten sich bereits in den letzten Monaten mehrere Angriffe regulärer polnischer Truppen auf sowjetrussischen Boden ereignet. Im Zusammenhang hiermit überreichte heute das Volkskommissariat des Außenwesens der polnischen Regierung eine Protestnote. Ferner begibt sich eine gemischte Kommission an die Grenze, um Ermittlungen über die Angelegenheit anzustellen.